



ruhen. Aus dem gleichen Grunde ist die von verschiedenen Seiten empfohlene Einführung einer auf gewerbedifferenzier- ten Versicherungsgemeinschaften aufgebauten Arbeitslosen- versicherung abzulehnen. Der damit beabsichtigte Zweck, die Arbeitgeber durch das Risiko höherer Beiträge zu Maßnahmen gegen eintretende Arbeitslosigkeit zu bestimmen, würde schwerlich erreicht werden. Als Beweis hierfür kann die Tätigkeit der Berufsvereinigungen in der Unfallversicherung gelten, die mit geringen Ausnahmen verhältnismäßig wenig zur Verminderung der Unfälle beigetragen haben, obgleich hier den Arbeitgebern das volle Risiko auferlegt ist. Dabei ist die Schaffung der 64 ge- werblichen, 48 landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen und zahlreichen Ausführungsbehörden hauptsächlich unter dem Gesichtspunkte vorgenommen worden, um durch diese Differenzierung nach Berufen die Unfallhäufigkeit einzuschränken. Eine ähnliche Zerplitterung bei der Arbeits- losenversicherung mit gleich negativem Erfolg zu ver- suchen, liegt nach den gemachten Erfahrungen keine Ver- anlassung vor. Das Interesse der Arbeiter erfordert eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, die auf einer all- gemeinen Grundlage zusammengefaßt, mit einheitlichen, nach Lohnstufen gestuften Beiträgen und Leistungen unter patrilialischer Selbstverwaltung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zur höchsten Leistungsfähigkeit entwickelt werden kann.

Dass die gegenwärtige Erwerbslosenfürsorge den ge- setzten Anforderungen nicht entspricht, insbesondere die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht das bot, was man erwartete, ist durch ihren provisorischen Charakter, ihre bürokratische Organisation, unzulängliche Selbstverwal- tung, überwiegend örtliche Einstellung und durch die anormalen wirtschaftlichen Verhältnisse verschuldet. Die in der Wirtschaft tätigen Kräfte sind in ihr in sehr un- zulänglichem Maße beteiligt und vermochten bis jetzt nur einen sehr geringen Einfluß auszuüben. Besonders trifft das für die Arbeiter zu. Bei der Schwere der Lage des bürokratischen Apparats, dem Umstand, daß alle Direk- tionen von oben ausgehen, wozu noch der Mangel an aus- reichenden Mitteln kommt, war eine wirkliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausgeschlossen und mußte trotz aller gegenseitigen Bemühungen die geldliche Unterstützung in den Vordergrund treten. Erwartet muß deshalb werden, daß die bei der Erwerbslosenfürsorge gemachten Erfah- rungen für die Schaffung der Arbeitslosenversicherung zur nutzbarsten Verwendung gelangen, die mit ihr verbundenen Fehler und Mängel vermieden werden. Vor allem dürfen die Arbeiter verlangen, daß sie durch eine zentral-, bezirklich- und örtlich gegliederte Arbeitslosenversicherung den Einfluß eingeräumt erhalten, der ihnen als einem der wichtigsten Träger der Wirtschaft zusteht. Mattutat.

### An Kollegen, die nach Amerika auswandern.

Von unserer amerikanischen Bruderorganisation wer- den wir immer wieder ersucht, unsern Kollegen, die nach Amerika reisen und dort ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden wollen, mitzuteilen, daß sie zweijährige Mitglied- schaft im deutschen Verbande nachweisen müssen. Sie dürfen aber auch nicht erst Monate nach ihrer Ankunft, sondern sie müssen sofort zum Verband kommen; sonst haben sie Schwierigkeiten und müssen das volle Eintritts- geld bezahlen. Der Abschnitt (§ 21) des amerikanischen Generalstatuts über die Aufnahme ausländischer Kollegen lautet:

Mitglieder unserer Berufsorganisationen aus frem- den Ländern, deren Mitgliedsbücher eine Zugehörigkeit zu ihrer Berufsorganisation von mindestens 2 Jahren aufweisen und auch sonst in Ordnung sind, werden in den Filialen des amerikanischen Verbandes gegen Zah- lung von 2 Dollar Uebertrittsgebühr und gegen Voraus- zahlung eines Jahresbeitrages aufgenommen, der in den meisten Fällen jedoch gestundet wird. Wir werden diesen Abschnitt des amerikanischen Statuts in englischer und deutscher Sprache drucken lassen und durch unser Internationales Sekretariat in die Bücher unserer auswandernden Kollegen einlegen, damit sie in Städten, wo keine deutschen Lokal-Unionen bestehen, den in Frage kommenden Verwaltungskollegen den Statuten- auszug zeigen können, damit diese dem Uebertritt keine Schwierigkeiten bereiten. Da bekanntlich der Uebertritt wesentlich leichter zu bewirken ist, wenn sich der Kollege die vom Kollegen *Strine* unterzeichnete „Legitimations- karte“ besorgt hat, liegt es im eigenen Interesse der aus- wandernden Mitglieder, hier noch ihr Mitgliedsbuch so rechtzeitig in Ordnung zu bringen, indem sie es an unser Internationales Sekretariat (Adresse des Hauptvorstandes) einreichen, damit die erforderlichen, sehr wichtigen Forma- litäten genau und ohne Verzögerung erledigt werden können.

### Die skandalöse Steuerreform.

Der frühere Reichsfinanzminister und Chef der jetzigen Reichsregierung, Herr Dr. Luther, hat oftmals ver- sichert, daß die kommende Steuerreform in erster Linie der Milderung der Wirtschaftskrise dienen müßte. Alle Welt hatte deshalb von der Reformarbeit der Regierung vor allem eine Ermäßigung der Lohnabzugs- und der Um- satzsteuer erwartet. Die gegenwärtige Krise in Deutsch- land ist eben eine ausgesprochene Abfahrtskrise. Die breiten Schichten der Bevölkerung können nicht laufen, weil die Preise zu hoch und die Löhne zu gering sind. Aus diesem Zusammenhang entwickeln sich eben Krisenursachen, die nur durch eine systematische Kräftigung der Kaufkraft zu überwinden sind. Das bedeutet mit andern Worten: Die Preise müssen gedrückt und die Löhne gesteigert werden.

Man hätte dieses Ziel zum Teil erreichen können, wenn man die Lohnabzugssteuer und die Umsatzsteuer er- mäßigen würde. Die Lohnabzugssteuer vermindert die Kaufkraft der Bevölkerung bedeutend, und die Umsatz- steuer ist ein wesentlicher Verteuerungsfaktor. Eine Er- mäßigung war aber an und für sich geboten, da die Steuerausweise der Regierung bestätigt, daß gerade diese beiden Steuern erheblich überspannt und ohne Zweifel zu hoch sind.

Die Reichsregierung hat diese Einsicht nicht gehabt: In dem Steuerreformentwurf heißt es, daß eine Ermä- ßigung nicht in Frage kommen kann. Die Regierung han- delt damit nicht nur gegen Arbeiter, Beamte, Angestellte usw. in höchstem Maße ungerecht, sie tobt auch, indem sie die alte, unerträglich harte Steuerüberspannung bestehen läßt, gegen die Gesundung der Wirtschaft. Hat sich die Regierung so wenig um die Hemmungen in unserer Wirt- schaft bekümmert, daß sie nicht weiß: ohne eine steuerliche Entlastung der Produktion und der Massen ist eine Le- bung unmöglich? Weiß sie nicht, daß unsere gegenwärtige Konjunkturbelebung nichts anderes als eine durch Staats- und Auslandskredit künstlich gemachte Scheinkonjunktur ist, die zu einer tiefen Krise führen muß, wenn es nicht gelingt, den Markt durch Stärkung der Kaufkraft in Or- dnung zu bringen?

Es scheint zweifellos zu sein, durch diese Vorstel- lung auf die Regierung einwirken zu wollen; denn der Entwurf der Steuerreform übertrifft die bisherige Ver- fahrungen. Die alte unerträgliche Belastung soll nur bestehen bleiben, sondern sogar noch vermehrt werden. Der Entwurf sieht nämlich unter andern auch vor, die von den Massen aufgetragenen Verbrauchs- (ind. Steuern erhöht, daß die Betriebe der öffentlichen derselben Besteuerung unterliegen wie Privat- nehmen und die Steuerfreiheit bei der Umsat- für Lieferungen der öffentlichen Gas- und Elektri- werke aufgehoben würde. Das ist eine neue Schmä- des Reallohnes, eine neue Einengung der Kaufkraft neue Lände gegen die Gesundung der Wirtschaft.

Damit nicht genug. Der Entwurf, der über steuerliche Erfassung der riesigen Inflations- und In- tionsgewinne nichts, auch gar nichts sagt, die großen diener am Markterfolg ungeschoren läßt, sichert dem neue Steuervorteile. Während die Keinen Einkö mit 10 % in Deutschland die höchsten Einkommen in der Welt überhaupt bezahlen, soll die Belastung größeren Einkommen nicht über 83 % hinausgehen ist aber ein Satz, wie er nirgendwo in der Welt be- gezahlt wird. Bei der Vermögenssteuer soll an der Regierung äußerst hoch scheinenden Satz von 0,5 % gehalten, die in Geltung befindliche Progression 0,75 % aber gestrichen werden. Die Vermögenszu- steuer, die noch zu Recht besteht, nach der 2. Steu- verordnung aber nicht erhoben wird, soll auch fer- unerhoben bleiben. Die besondere Kapitalertrags- soll in die Einkommensteuer eingearbeitet werden, schwinden. Auch auf dem Gebiete der Kapitalver- besteuern sind weitgehende Erleichterungen geplant gerade den Großbetrieben, die in der Inflation Substanzzuwachs zu verzeichnen hatten, zugute kom- wird.

Wollen wir ein Motto für diese Steuerreform so könnte es nur das sein: Für die Großen alles, für die Kleinen nichts. Für die Großverdiener neue Erleidi- gen, für die wirtschaftlich Schwachen neue Lasten!

Die Regierung, die den Ruhrindustrialen seit 11. Januar 1923, dem Tage des Ruhrreinmarsches, 3 Goldmilliarden als Liebesgabe zugeschanzt hat, nicht dieser Steuerreform ihre besonderen Zwecke. nicht umsonst eine Regierung von Kapitals Gnaden, halb gibt sie vor, mit ihrer Reform den Zweck zu folgen, das Geldkapital wieder aufzubauen, das bei deutsche Volk soll seine schon jetzt unerträglich Lebenshaltung weiter einschränken, soll weiter un- mehr hungern, damit Geld in die Tresore des de- Unternehmertums kommt. Eine neue Liebesgabe für deutschen Kapitalismus, ein neuer Raubzug gegen die Armen!

Die ganze skandalöse Steuerreform entspricht der herigen Politik der Regierung, den deutschen Un- nehmen durch Preisüberhöhung neues Kapital verschaffen. Wenn die Regierung es mit ihrer form dann noch fertigbringt, die lästige Konjunktur- Konsumgenossenschaften, der öffentlichen Gas- und trizitätswerke usw. zu vermindern, wird das Wünsche ihrer kapitalistischen Auftraggeber erfüllt die am besten wissen, weshalb sie eine Reform schufen!

Es liegt auf der Hand, daß der Plan der Reg- nur auf Kosten der Bevölkerung durchgeführt wer- kann. Darin liegen auch die Gefahren; eine Neu- lastung bedeutet Verminderung der Reallohne und minderung der Kaufkraft der Bevölkerung. Die

### Innere Verbandsfragen.

IV.

#### Zur Wahl des Verbandsvorstandes.

Eherlich waren es triftige Gründe, daß schon die Vorläufer unseres jetzigen Verbandes die Wahl der Ver- bandsleitung durch die ordentliche Generalversammlung fehlten. So bestimmte die erste Sitzung vom Jahre 1883 in § 19, daß die oberste Behörde der Arbeiterchaft die Generalversammlung ist und zu ihren Repräsentanten gehört: „Die Wahl der Mitglieder des Präsidiums und seiner Ersahmänner, sowie die Bestimmung des Vorortes.“ Auch der Leipziger Maler- kongress 1877 und die Generalversammlung 1878 bestimmten nach Statut, daß die Wahl des Verbandsvorsta- des auf der Generalversammlung zu er- folgen hat.

Der Dresdner Kongress 1894 jedoch bestimmte im § 9 des Statuts, daß „der Verbandsvorstand sich aus dem Gauverein bildet, dem durch die Generalversammlung die Leitung übertragen worden ist“. Die Delegierten haben damals bei der Reorganisation unserer Organisation nicht nicht gesehen, welche unglücklicher Fehlschlag mit dieser Bestimmung gefaßt worden war. Der Hamburger Gau- verein wählte den Verbandsvorstand; auch nach der Generalversammlungen 1886 wurde derselbe Verbands- vorstand vom Gauverein Hamburg wiedergewählt. Nach Verlauf einiger Zeit und der Gauvereinsvorstand die Ham- burger Mitglieder zu einer Extraversammlung ein mit der Tagesordnung: „Der Kongress zu Hannover und das neue Statut.“ Die Mitglieder des Hauptvorstandes wurden, jedoch schon vorher die Rechtfertigung in einer Ver- sammlung nicht war, aufgeführt. Rechenschaft über die Tätigkeit der Generalversammlung abzugeben. Der Vor- stand lehnte dies ab, da der Delegierte schon berichtet zu haben erklärte sich aber bereit, über die gefaßten Beschlüsse Rechenschaft geben zu wollen. Nach heftiger Kritik über die Wahl wurde eine neue Versammlung an- berufen. Die der Gauvereinsvorstand erklärt hatte, daß der Gauverein der Vorstand über den Verlauf der General- versammlung im unklaren sei, konnte der Verbandsvorstand ein Angebot in die nächste Gauvereinsvorstandsitzung, um über die Verhältnisse Rechenschaft zu geben. Mit der Be- stimmung, daß man dem Verbandsvorstand seiner Auf- gabe bedürftig, ließ man das Mitglied nicht an der Sitzung teilnehmen. Es fanden nun nacheinander mehrere

Versammlungen mit der gleichen Tagesordnung statt, die nicht die geringste Verständigung brachten, im Gegenteil den Skandal immer mehr verschärften. Nun griff der Vorstand ein und berief im Einverständnis mit den Gau- vorständen zu Altona, Harburg und Wandersfel zum 1. August eine Mitgliederversammlung ein. Damit war jedoch die Hamburger Opposition nicht einverstanden, die zur gleichen Zeit und Stunde nach einem andern Lokal eine Generalversammlung einberief.

Während nun in der Verbandsversammlung von den zahlreich erschienenen Mitgliedern dem Verbandsvorstande ein Vertrauensvotum erteilt wurde, beschloß die Gegen- versammlung mit 27 gegen 19 Stimmen die Absehung des gesamten Verbandsvorstandes wegen Unfähigkeit. Am 3. August 1886 tagte im Gauverein Hamburg die regel- mäßige Monatsversammlung mit der Tagesordnung: Neu- wahl des Vorstehenden. In dieser Versammlung wurde nun der vor 2 Tagen in der Gegenversammlung abgesetzte Hauptassistent in demonstrativer Weise zum ersten Vor- stehenden gewählt mit zwei Vierteln aller abgegebenen Stimmen. Dieser berief dagegen 14 Tage später eine außerordentliche Generalversammlung des Gauvereins ein, die mit großer Majorität den Beschluß der ersten Ver- sammlung annulliert und den Verbandsvorstand in seine Rechte wieder einsetzte. Es lehrte aber noch lange keine Ruhe im Verbandsleben ein, da die Opposition in den Reihen der Mitglieder für einen „Lokalverein“ Propaganda machte und in einer Versammlung auch den Antrag stellte: Trennung des Gauvereins vom Zentralverband. Der Ver- such, diesen Antrag durch einen einfachen Mehrheitsbeschluß durchzuführen, löste einen großen Tumult aus, so daß die Polizei vom Vorstehenden die Schließung der Ver- sammlung verlangte. Eine spätere Versammlung, die ruhiger verlief, lehnte mit 22 gegen 79 Stimmen den An- trag der Opposition endgültig ab. Es trat darauf eine ruhigere Stimmung ein. Nach der Lohnbewegung von 1887 machte sich jedoch wiederum, ausgehend von der da- maligen Lohnkommission, eine Konfliktsituation gegen den Vorstand bemerkbar. Trotz dieser unliebsamen Vor- komnisse wurde 1888 in Braunschweig, wo man das Statut einer gründlichen Umgestaltung unterzog, in bezug auf die Wahl des Verbandsvorstandes nichts geändert; nur der Delegierte von Ludwigsfelde, Kollege Efinger, vertrat energisch den Standpunkt, daß die General- versammlung die gesamte Kollegenchaft vertritt und sich darum nicht das Recht nehmen lassen soll, selbst zu be-

stimmen, wie, wann und wo der Verbandsvorstand wählen ist. Die geschiederten Unzulänglichkeiten, aber die Hauptgründe, weshalb von den Hamburgern selbst die Verlegung des Verbandsbüros ge- und auch beschlossen wurde. Berlin wurde als Sitz des Vorstandes bestimmt. Die Berliner Filialen wählten Frühjahr 1888 den Kollegen W. Schweiger zum Verbandsvorsitzenden. Als 1892 nach der Frankfurter Ge- versammlung die Neuwahl des Vorstandes erfolgte in dieser kombinierten Mitgliederversammlung eine Opposition gegen Schweiger auf, so daß er die Wahl lehnte und Kollege Franz Riesop gewählt wurde. Riesop lehnte 1894 eine Wiederwahl ab; Kollege Sch- nahm wieder die auf ihn gefallene Wahl an. Infol- ge Vorkommnisse persönlicher Art, auf die jetzt an Stelle nicht weiter eingegangen werden kann, nahm die Versammlung der Berliner Kollegen im Juli 1897 scharfer Weise gegen Schweiger Stellung, worauf seinen Vorstehendenposten unerwartet niederlegte. Nachfolger war Nicolai bis zur Casseler Ge- versammlung 1897.

Der ständige Wechsel der Verbandsvorsitzenden bete für eine gedeihliche Entwicklung und Erstarkung Verbands eine nicht zu verkennende Gefahr. Kaum sich der neugewählte Vorsitzende in die Leitung der umfangreicher sich gestaltenden Aufgaben des Ver- eingearbeitet und eine klare Uebersicht über die vorzunehmenden Arbeiten gewonnen, war mit der- selbe zu rechnen, daß durch irgendeine Provokation einer Mitgliederversammlung am Sitze des Ver- ein neuer Vorsitzender oder Kassierer gewählt werden Die zufällige Zusammenkunft oder die vorhandene mung in der betreffenden Versammlung also war gebend, über die so wichtige, bedeutungsvolle Sa- der Verbandsleitung zu entscheiden. Das und Wehe des ganzen Verbandes war in die Hand kleinen Zahl Mitglieder gelegt, die sich vielleicht der Verantwortlichkeit, die auf ihnen ruhte, gar nicht waren. Das war ein unhaltbarer Zustand, der in ausschlaggebend dafür war, daß durch das Statut gesetzt wurde: Die Wahl der Verbands- Vorstandsmitglieder erfolgt durch die Generalversammlung. In dieser Bestim- hat keiner der folgenden Verbandstage mehr gerüttelt fernere Entwicklung unseres Verbandes hat gezeigt sie die richtige ist.

# Betriebsratswahlen müssen unverzüglich eingeleitet werden. Der Monat März gilt als einheitlicher Wahlmonat.

wird sein, daß sich aus diesen Ursachen heraus Krise entwickelt, die alles Dagegenwärtige in sich faßt. Weg, den die Regierung gehen will, ist gefährlich. Wir werden sich die Gewerkschaften mit aller Kraft die neue Steuerreform wehren. Kampf um die Lastenverteilung und um die Erhaltung der Wirtschaft hat begonnen.

## Lackierer.

**Dauersperrung im Wert Einbehalten**  
Verhandlungen mit der Firma, die am 10. Febr. die Organisationsvertreter geführt wurden, beendet und die Arbeit am 18. Februar in drei wieder aufgenommen worden, die allmähliche Arbeitsaufnahme erfolgte am 16. Februar. Der dieser Bewegung bedeutet einen großen Erfolg; hatte doch die Firma Verhandlungen Organisationsvertretern abgelehnt. Die gestellten sind ziemlich reiflos auf Grund einer Vermittlung der Firma zur Durchführung gebracht, das Verhältnis gilt nicht als unterbrochen, so daß alle halten bleiben und auch keinerlei Maßregelungen kommen kann. Im Gegenteil, die Firma stellt die Wiederaufnahme der Arbeit die Bedingung, ganze Belegschaft wieder zur Arbeitsaufnahme, besonders die Lackiererei ist hierbei genannt, da im übrigen Betrieb Störungen eintreten

harte Kampf hat auf neue der Arbeiterschaft die Waffe der gewerkschaftlichen Organisation vor die wirksamste ist, wenn sie nur scharf erd und Rücken in den Reihen der Kollegen nicht werden. Aber auch die Unternehmer werden sich aus diesem Kampfe nicht verschließen können. sind also für die Arbeiterschaft nicht umsonst

## Aus unserm Beruf.

**Sturzfall.** In Dortmund stürzte der Maler beim Abheben von Türen von einer Treppenleiter stürzte eine Schulterverletzung, so daß er dem Krankenhauses geführt werden mußte.

**Burg.** Im Jahre 1924 haben einige Unternehmer im trüben zu stehen, indem sie verlusten, unter- zähne zu zahlen. In einigen Fällen ist dieses Konstruktionsarbeiten gelungen. In einem Fall, Malermeister M. Gerken von der staatlichen Bau- in Brückenarbeiten in Auftrag bekommen hatte, wir feststellen, daß er die Arbeiten zu unterstar- nen berechnet hatte. Die Behörde, die Kenntnis r Schmuhkonkurrenz hatte, erteilte Herrn Gerken den Zuschlag, während andere, reelle Angebote wurden. Dieser Vorgang gab uns Anlaß, am 19. 1924 bei der Baudeputation folgende Beschwerde en:

Vorstand des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutsch- land Hamburg, wurde vor kurzem von dem Vorstand des Reichsbundes, des Reichsbundes des deutschen Malergewerbes, durch Herrn Obermeister Hansen, die Mitteilung gemacht, daß Baudeputation unangenehme Malerarbeiten an der Waldbrückenbahn- werksmeister Herrn M. Gerken vergeben habe, obwohl es der Baudeputation in Frage kommenden behördlichen Stellen, daß Gerken seiner Berechnung unterstarke Löhne zu- geht hatte. Dadurch seien tariflose Malermeister, die eben- falls in der Baudeputation an der Waldbrückenbahn- werksmeister Herrn M. Gerken vergeben worden. Gleichzeitige wurde Konstruktionsarbeiten an der Waldbrückenbahn- werksmeister Herrn M. Gerken vergeben worden. Gleichzeitige wurde Konstruktionsarbeiten an der Waldbrückenbahn- werksmeister Herrn M. Gerken vergeben worden.

er von uns erzielten Unterredung mit Herrn Bau- raten wir die Wichtigkeit obiger Angaben bestätigt gefunden. hat nicht nur die Entlohnungsarbeiten, sondern auch die be- stehen in seinem Angebot zu unterstarke Löhne an- den Zuschlag erhalten. Altes also feststellen, daß die in Frage kommende behördliche Baudeputation die Malerarbeiten bewußt untreuen Unternehmer vergeben hat, der seinerseits nach- dem wiederum tariflose Arbeiter zur Ausführung der- rangiert. Unseres Wissens nach verfährt die Be- rson Malerarbeiten zu unterstarke Löhne an- stimate behördliche Anordnungen. Abgesehen durch solche Maßnahmen behördlicher Stellen, wenn sie- ch greifen, jedes geordnete Tarifverhältnis gefährdet und nicht- zuren wirtschaftlichen Kämpfen Vorschub geleistet.

den die Entlohnungsarbeiten anlagen, so mag die Bau- stichtest den Standpunkt vertreten, daß diese Arbeiten nicht- stichtest den Standpunkt vertreten, daß diese Arbeiten nicht- stichtest den Standpunkt vertreten, daß diese Arbeiten nicht-

aber darauf aufmerksam, daß der Unternehmer auch die- Baudeputation dieses gestatten, so würde darin ein weiteres- an gegen den tarifstreuen Unternehmer zu erblicken sein. in daher die Baudeputation, dieses zu verhindern.

er treter der eingangs benannten Organisationen sind in- das zwischen ihren Organisationen bestehende Reichsstarb- über folgende Punkte einer Meinung:

ungeleitete Arbeiter, die ausschließlich mit Entlohnungs- beauftragt sind, ein tariflicher Lohn nicht vereinbart ist, also Vertragsfreiheit besteht.

Arbeiter, die mit Entlohnungs- und zugleich Grundber- ichtbararbeiten beauftragt sind, sind nach dem Reichsstarb- für das Malergewerbe mit dem darin für jeden Ort fest- Lohn zu bezahlen.

wie im 2. gilt für alle mit Auftragsarbeiten beschäftigten- oder ungelerten Gesellen.

den die Baudeputation, unsere Beschwerde zu prüfen und- werden, daß:

gebung von Malerarbeiten an offensichtlich tarifstreue- ernehmer nicht fortgesetzt wird.

bernehmer Herrn Gerken aufzulegen, die Entlohnungs- auch wirklich nur mit diesen Arbeiten zu beschäftigen, als die tariflichen Löhne zu zahlen.

suchen möglichst, uns baldigst eine geneigte Rückantwort zu- lassen.

Dachachtungsvoll  
(Unterschrift)

NB. Der Reichsbund für das Malergewerbe, Gau Norddeutsch- land, hat obige Beschwerde durch ein Begleitschreiben folgenden Inhalts unterfütigt: „Der antliegender Beschwerde des Verbandes der Maler, Lackierer usw. Deutschlands, Pöhlke Hamburg, schließen wir uns voll- tabattlich und aus den gleichen Motiven an.“  
Reichsbund für das Malergewerbe, Gau Norddeutschland.  
99. Hansen.

Die Antwort der Baudeputation vom 17. Januar 1925 lautet wie folgt:

Auf die Beschwerde vom 20. Oktober 1924 verfährt die Baudeputation, 1. Sektion, nicht, zu erwidern, daß die Dienststellen angewiesen sind, in Zukunft die Ver- gebung von Malerarbeiten an solche Unternehmer zu vermeiden, die bekanntermaßen für Tarifarbeiten nie- drigere als die Tariflöhne zahlen.

Einen Einfluß auf den Unternehmer in der ge- wünschtem Richtung auszuüben, ist die Baudeputation dagegen nicht in der Lage; abgesehen davon, daß eine Kontrolle in dieser Beziehung äußerst schwierig ist, muß die Baudeputation sich grundsätzlich auf die Aufsicht darüber beschränken, daß die Arbeiten ordnungsmäßig ausgeführt werden.

Der Präses der Baudeputation.  
gez. Schramm, Dr.

Indem wir vorstehendes unsern Kollegen zur Kennt- nis geben, richten wir an sie die dringende Aufforderung, überall ein wachsames Auge zu haben und Verstöße gegen den Tariflohn in jedem Falle sofort dem Filialvorstand zu melden.

Es darf nicht geduldet werden, daß tarifunklare Unter- nehmer unter Zuhilfenahme von Ungelernten unser tarif- liches Lohn- und Arbeitsverhältnis zerstören.

Der Filialvorstand.

**Königsberg i. Pr.** Am 12. Februar dieses Jahres fand unsere Generalversammlung statt, die im Verhältnis zu den Monatsversammlungen gut besucht war. Nach der Eröffnung brachte unser Berufsverband einige Stim- mungsvolle Reden zu Gehör, die von einem guten Können Zeugnis ablegten. Dann gab Kollege Schwarz den Geschäftsbericht über das verfloffene Jahr. Es haben 11 Versammlungen, 9 Vertrauensmännersitzungen und 19 Verwaltungssitzungen stattgefunden. Im April waren die Kollegen durch die minimale Entlohnung derart er- bittert, daß sie aus sich heraus eine zweitägige Bewegung inszenierten, die teilweise guten Erfolg hatte. Dies war auch deshalb nötig, um den Unternehmern zu zeigen, daß die Kollegen mehr Lohn haben wollen und nicht nur die Lohnkommission, wie einzelne Meister immer behaupteten. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich gut, indem von Quartal zu Quartal der Bestand sich immer mehr hob. Dies führen wir vorzugsweise auf die Wiederanstellung eines Kollegen zurück. Unsere am 1. April erscheinende Fachzeitschrift wurde der Versammlung zur Kenntnis gebracht, wozu sich sofort 19 Kollegen als Abonnenten meldeten. Wir hoffen aber für späterhin auf eine wesentlich höhere Zahl. Im Anschluß daran wurde gleich der Quartalsbericht gegeben und daraufhin dem Kassierer ein- stimmig Entlastung erteilt. Darauf gab Kollege Witte den Kartellbericht. Erwähnenswert daraus ist der uns beherbergende Engelbrecht Grafische Vortrag über das Ent- stehen des modernen Kapitalismus. Ferner stehen uns noch verschiedene Bildungsvorträge des Kartells im März bevor. Die gesamte Verwaltung wurde wiedergewählt. Zu dem Vertrauenskörper sind außer den alten Kollegen, die ihre Pflichten wahr genommen haben, eine Reihe neuer hinzugezogen. Sodann wies Kollege Döring auf die Agitation hin, die in der kommenden Konjunktur in er- heblich verstärktem Maße durchgeführt werden soll. Nach längerer Diskussion wurde die Nichtzahlung über acht Stunden mit dem tariflichen Zuschlag erwählt. In solchen Fällen wird die Verwaltung ganz energisch vor- gehen. Auch dem Ueberfundenwesen wird die Verwaltung zuleibe gehen und unnahezu verfolgt. Unsere nächste Versammlung mit kinematographischem Vortrag findet hier selbst am 12. März mit Frauen statt. Mit ihren Bei- trägen rückständige Mitglieder sind jetzt nicht mehr vor- handen; ein Zeichen von dem guten Geist, der in unsere Filiale eingeführt ist.

## Eingefandt.

Am 20. Januar 1925 wurde ich durch Zufall in Amberg von Malermeister Stahl zur Aushilfe auf 8 bis 14 Tage für Neubauarbeiten nach Windisch-Eschenbach eingestellt und er- schienen, wie verabredet, tags darauf an der Arbeitsstelle, ohne zu wissen, in welchem Mikrokredit der „schlagfertige Herr“ in Windisch-Eschenbach steht. Am 28. Januar 1925 ließ mir Stahl durch seinen Neffen mitteilen, daß am kommenden Sonnabend für mich keine Arbeit mehr vorhanden sei, womit ich auch gerechnet habe. Im gleichen Neubau hatte Maler- meister B. ziemlich viel Arbeit, und ich fragte, ob ich bei ihm weiterarbeiten könnte, was er bejahte. Als Stahl davon Kenntnis erhielt, geriet er aus Geschäftssneid in Wut und fragte mich kategorisch, was ich mit B. zu schmusem gehabt hätte. Ich erklärte ihm, daß ich mich nicht verpflichtet fühle, über Privatgespräche nach Arbeitschluß Rede und Antwort zu stehen. Die Folge davon war eine Ohrfeige, und weitere zwei Ohrfeigen erhielt B., der inzwischen gegen seinen Herrn Kollegen Anzeige erstatet hat. Am anderen Tag wollte der Döbling natürlich von der ganzen Sache nichts wissen, trotz- dem er am Vorabend im befoffenen Zustande seiner Frau erklärte: „Dem A. hab' ich eine geschauert.“ Mich reut nur, daß ich den Stahl nicht windelweich vermöbelt habe (was in diesem Falle die beste Medizin gewesen wäre! S. Red.), bin aber froh, es nicht getan zu haben, weil mir mein Mißhand- gefühl zu hoch steht. Es diene aber zur Warnung der Kollegen. Daher: Meidet die Werkstelle Stahl!  
N.

## Gewerkschaftliches.

**Der neue Manteltarif für das Buchdruckgewerbe**  
ist durch eine vom Buchdruckerverband vorgenommene Ur- abstim mung angenommen. Es wurden 58 588 gültige Stimmen abgegeben, davon für die Annahme des Tarifs 32 166 (56%), für die Ablehnung 24 410 Stimmen (44%). Demnach erklärte sich eine Mehrheit von 7748 Stimmen für Annahme des Manteltarifs. Die Abstimmungsabteilung der gesamten Mitglieder, mit Ausnahme derjenigen Danz- und des Saargebiets, betrug 82%. Der bereits am 31. Ja- nuar vorläufig in Kraft getretene Tarif ist damit gegenstands- anerkannt.

**Aussperrung in der Lederindustrie.** Vergangene Woche kam es in der Lederindustrie des Bezirks Hamburg- Lübeck, Schleswig-Holstein zu größeren Zeilstreiks wegen Nichtbewilligung von Lohnforderungen. Da die Schlichtungs- verhandlungen in Lübeck zu keinem Ergebnis führten, die Arbeiterschaft aber auch auf ihre berechtigten Lohnforderungen nicht verzichteten wollte und im Streik ausharrte, haben die Unternehmer mit der Aussperrung der Belegschaft in den noch arbeitenden Betrieben geantwortet. Von dem Streik und der Aussperrung werden im ganzen Bezirk etwa 7000 bis 8000 Personen betroffen.

**Herabsetzung der Höchstgrenze der Erwerbslosen- beiträge.** Der Verwaltungsausschuß des Landesarbeitsamtes hat beschlossen, die zulässige Höchstgrenze der Erwerbslosen- beiträge mit Wirkung vom 1. März an von 2% auf 1% des Grundlohnes herabsetzen. Davon gehen 1/2% an die Landes- ausgleichskasse, 1/2% an die zuständige Provinzialausgleichs- kasse und der Rest von 1/2% verbleibt für die Landesgemeinden der Arbeitsnachweise. Für den Monat März wird auf die Abführung der Beiträge für die Landesausgleichskasse verzichtet.

## Sozialpolitisches.

**Getreidepreise und Getreidezölle.** Die Getreidepreise gehen auf den amerikanischen Wörten rapide aufwärts und erreichten eine Höhe wie seit 30 Jahren nicht mehr. Die Preise in Deutschland folgen der Weltmarktbewegung getrennt nach. Unter solchen Umständen ist es unsinnig, weiter über die Einführung von Getreidezöllen, die das bereits jetzt fast unbegreifbare Getreide noch weiter verteuern sollen, zu reden. Indessen werden die Landwirte behaupten, die Agrarzölle seien berufen, die Getreidezölle für lange Jahre hinaus zu regeln, während die gegen- wärtigen hohen Preise vielleicht nur kurze Zeit andauern werden. Dies ist aber sehr unwahrscheinlich. Eine jüngst erschienene Arbeit des bekannten Sachverständigen für landwirtschaftliche Fragen, Professor Sering, im „Welt- wirtschaftlichen Archiv“ zeigt mit triftigen Argumenten, daß die Agrarkrise der letzten Jahre von der Krise des letzten Viertels des vergangenen Jahrhunderts ganz ver- schieden ist. Sowohl damals wie auch in den Nachkriegs- jahren gingen die Getreidepreise erheblich zurück, aber aus- ganz verschiedenen Gründen. In jener Zeit waren riesige Bodenflächen unter Getreidebau gestellt, das Angebot an Getreide hatte sich ungeheuer vermehrt, deshalb erfolgte der Preisrückgang. Der Grund für die gedrückten Preise in den jüngstvergangenen Jahren lag dagegen woanders; sie wurden infolge der verminderten Verbrauchs- fähigkeit der Völker, die nicht imstande waren, teures Getreide zu kaufen, gesenkt. Die gesunkene Nach- frage war Schuld an dem Preisrückgang, die Unterkonjunktur der verarmten Völker Europas. Das Angebot an Ge- treide wurde dagegen nicht wesentlich vermehrt. Die Aus- schüttung des russischen Marktes, die Zunahme der Be- völkerung der Welt, die Agrarreformen in Europa waren nicht geeignet, das Angebot an Getreide zu steigern. Auch für spätere Zeiten ist dies nicht zu erwarten. Wurde doch erst vor kurzem erklärt, daß die Vereinigten Staaten in- folge des zunehmenden inländischen Bedarfs aus einem Getreideausfuhrland bald zu einem Getreideeinfuhrland werden müßte. Wird in Rußland später mehr erzeugt, so ist dennoch mit einer großen russischen Getreideausfuhr für absehbare Zeit nicht zu rechnen. Selbst der Aus- behnung des kanadischen Getreidebaues stehen große Hindernisse im Weg, vor allem der Mangel an Arbeits- kraft. Wandert doch ein großer Teil der kanadischen Be- völkerung in die Industrie der Vereinigten Staaten ab.

Auch ist eine Anzahl asiatischer Länder in jüngster Zeit zu Getreidekonsumenten geworden. Man kann demnach nicht annehmen, daß sich das Angebot von Getreide in ab- sehbare Zeit wesentlich vermehren wird. Wenn das Miß- verhältnis zwischen den Preisen der Industrieartikel und denen für landwirtschaftliche Produkte in der letzten Zeit behoben wurde — wie man sagt: die „Schere“ sich ge- schlossen hat —, so ist das vor allem auf die in der letzten Zeit etwas gesteigerte Kaufkraft der Völker zurückzuführen, die nun aus ihrem höheren Nationaleinkommen mehr für Getreidekauf verwenden können. Bei dieser Beweisfüh- rung bleibt aber für Getreidezölle kein Raum. Es geht daraus hervor, daß niedrige Preise für Getreide auch in Zukunft nur in dem Fall zu erwarten sind, wenn die geringe Verbrauchsfähigkeit der Bevölkerung auf die Preise drücken würde. In diesem Falle können aber der Land- wirtschaft auch die Zölle nichts nützen. Die Gefahr einer ausländischen Konkurrenz, die die inländischen Preise drücken würde, ist aber auch für die Zukunft nicht vor- handen.

Was das gegenwärtige plötzliche Ansteigen der Ge- treidepreise anbelangt, so sind dafür drei verschiedene Gruppen von Umständen verantwortlich, ohne daß die Größe des Anteils jeder einzelnen genau abgegrenzt werden könnte. Erstens: Die nicht günstige Ernte in diesem

Jahre, obwohl feststeht, daß der Rückgang der Erzeugung...

die damit zeigen will, daß sie die Interessen unserer Gewerkschaft...

be genannt: John Brown, Rauhhaare, Land...

Vom Ausland.

Dänemark. Trotzdem die Arbeitslosigkeit unserer Kollegen...

Der Allindische Gewerkschaftsbund wird Ende März in Parel, Bombay, seinen ordentlichen Kongress...

Japan. Das Sozialamt hat soeben einen Gesetzentwurf...

Anwendungsbereich des Gesetzes. Von dem Gesetzentwurf...

Das Recht, Tarifverträge abzuschließen. Der Gesetzgeber...

Vorrechte und Schutz. Da die Gewerkschaften ganz besonders...

Es haben sich grosse Meinungsverschiedenheiten über den günstigsten...

Verschiedenes.

Das Kunstgewerbe auf der Leipziger Messe. Daß die Leipziger Messe...

Die Volkswirtschaft darf mit Steuern nicht weiter belastet werden...

Arbeiterversicherung.

Apotheker und Krankenkassen. Um den gelegentlichen örtlichen Differenzen...

Gewerbe- und soziale Hygiene.

„Gesundheit“. Zeitschrift für gesundheitliche Lebensführung...

Die neue Zeitschrift vertritt an den einzelnen die wissenschaftlich gesicherten...

Fachtechnisches.

In der letzten Nummer des Organs des Bundes deutscher Dekorationsmaler...

Literarisches.

Lehrbuch für Sozialversicherung von Richard W. Schmidt...

Der Kampf gegen den Reichspräsidenten. Sowohl der bürgerliche...

Bekanntmachung.

In den letzten Tagen sind den Filialverwaltungen Prospekt...

Vom 22. bis 28. Februar ist die 9. Beitrags...

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. (Zahlstelle Rombach). Am 1. Jänner...

Anzeigen

Feuerwehrmann

Sofort gesucht. Bedingungen: 24-30 Jahre, ordentlich gelernter...

Tüchtige selbständige Wagenlad...

für dauernde Arbeit sofort gesucht. Reiseflosten werden vergütet.

Schriften- und Schilder mal...

Ich suche per sofort einen perfekten in selbständiger Stellung...